



# Kampfbund der kommunistischen Arbeiter-Jugend

## Proletarier! Durchkreuzt die parlamentarischen Schwindelmanöver!

## Ruhr und Rhein

Es ist wieder einmal allerhand los. Das Kabinett Stresemann, das Werkzeug der großen Industriekönige reagiert auf den Ruf der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse hat die Botschaft der demokratischen Republik. Der Marsch nach rechts bringt alle kleinbürgerlichen Geister in helle Verzweiflung. In ohnmächtiger Wut kämpft die Sozialdemokratie gegen eine zwangsläufige Entwicklung und gesteht resigniert, daß die Bildung einer „großen Koalition“ an den Klassengegensätzen gescheitert ist. Da die „große Koalition“ die letzte Karte im sozialdemokratischen Spiel war, und darüber hinaus die Programmlosigkeit das allein leitende Prinzip bleibt, ist es nicht verwunderlich, daß die Sozialdemokratie dem Kabinett Stresemann den „schärfsten Kampf“ ansagt und sich zu gleicher Zeit mit Händen und Füßen gegen die „Reichstagsauflösung“ sträubt. Die Frage der Stellung zum Kabinett Stresemann ist für die Sozialdemokratie bereits zu dem Problem geworden, dem Stresemannkabinett das Mißtrauen auszusprechen, jedoch in einer Form, die den rechten Gegnern es unmöglich machen soll, für den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag zu stimmen, und das ist wahrhaftig nicht leicht. Kopftendenzen herrschen über die „Lösung“ der Krise durch ein sich nach rechts verschobenes Kabinett. Und während der Linken Reumete sich als Hofnar der Versammlung am Königspalast Lorbeer zu verdienen, daß er sich durch die zehnmal verteidigte und verdrängte Verhandlung hinauspariert, um auf diese Weise Propagandamaterial für seine Partei zu liefern, während die „großen“ Redner aller Parteien ihren letzten Spieß zu zerbrechen, bereitet sich der Vertreter der kapitalistischen Rührerbande vor, um die sozialdemokratischen und „kommunistischen“ Schwärzer mit ihren eigenen Argumenten zu Boden zu schlagen. Deren schlechtem Geschwätz setzt er die barten Tatsachen kapitalistischer Notwendigkeiten entgegen, um aus ihnen die mächtigste und unverwundlichste Diktatur des Kapitals theoretisch zu begründen, und alle Angriffe gegen die Brutalitäten gegenüber der arbeitenden Klasse abzumund zu führen.

Stresemann hat sich auf der letzten Zentralversammlung seiner Partei ein Verläufersvotum geholt, und dort bereits entwickelt, was er den aufgeregten Kleinbürgern im Reichstag sagen wird. Wenn trotzdem der rechte Flügel der Stinnespartei vorwärtsdrängt und diese Aktivität durch ein Mißtrauen gegen den Vertreter der deutschen Fertigungindustrie zum Ausdruck bringt, so wird deswegen, um keinen Zweifel daran zu lassen, daß der eingeschlagene Kurs beschleunigt werden muß, daß keine Zeit mehr zu verlieren ist, wenn man nicht eines Tages wider vor fertige Tatsachen gestellt werden will. Und es steht zu erwarten, daß diese Peitsche ihre Wirkung nicht verfehlen wird.

„Wir stehen vor der Tatsache, daß wir Ruhr und Rhein nicht mehr besetzen können, ohne daß das ganze Reich zusammenbricht“, so ringt es sich um dem gepreßten Herzen des „letzten verfassungsmäßigen Kanzlers“. „Man mach sich in der Öffentlichkeit noch nicht die rechten Vorstellungen davon, daß wir unter einer inländischen Finanzkontrolle, nämlich der Rentenbank stehen“, fügte er hinzu. „Das besetzte Gebiet brüht für 10 bis 14 Tage etwa 100 Goldmark. Unser Kredit wäre also, wenn wir auch nur wenige Wochen weiterzahlen wollten, bald erschöpft, und damit wäre alles verloren, was wir mit der Rentenbank erreichen wollten.“

„Und darum: „Wenn das Kabinett unter diesen Umständen seine Entscheidung nicht von einer Stunde zu anderer laßt, sondern bei der Auswahl des richtigen Mittels sich seiner Verantwortung bewußt bleibt, so sollte man dafür Verständnis haben. Wenn es gelingen ließe, unter dem denkbar schwerigsten Umständen die soziale Ruhe und Ordnung im Reich und im Reich nachrechtserhalten und den Ausbruch eines sozialen Revolutions zu verhindern, so sehe ich den Beweis dafür, daß unsere Maßnahmen richtig gewesen sind.“ (Stürmische Zustimmung.)

Unter diesen Umständen ist es nicht schwer zu begreifen, daß die Rückkehr des Kronprinzen verlangt wird, „um den letzten Deutschen“ in der Heimat zu sehen. Die deutsche Schwerindustrie braucht eine Strohputze, um damit die Botschaft Polkars zu beweisen, den sich ergebenden Konflikt für ihre Pläne an der Ruhr anzuschärfen.

Die Sozialdemokratie stimmt natürlich darob ein großes Triumphgeheul an und will die Republik gerettet haben. Aber die Dinge liegen etwas anders. Die neuen Herren Deutschlands, die Leitung der Rentenbank — die der sogenannten Regierung, die ohne ihre Zustimmung keinen Pfennig ausgeben darf, hundert Millionen verpulvern zu lassen, um der schönen Augen der SPD, willen, die ja sowieso tot, was sie muß und soeben erst im Berliner Buchdruckerstreik unter den Bajonetten des Herrn Seckel verhandelt hat.

Die deutsche Arbeiterklasse jedoch wird nicht umhin können, aus dieser klaffen und unverständigen Entwicklung die Lehren zu ziehen. Die Zerreißen der demokratischen Republik als Resultat der internationalen Kapitalkonzentration und deren Beschleunigung als Folge der sich immer weiter verschärfenden und vertiefenden Produktionskrise geht nur, nur auf Kosten der proletarischen Klasse, die mit ihren Leibern die Löcher füllen muß, die der Moloch Kapitalismus in seiner Wirtschaft aufreißt. Die Demokratie ist der Mantel, der über alle Mörder der proletarischen Klasse gebreitet ist, der Parlamentarismus die Totenglocke der sterbenden Arbeiterklasse, wenn sie sich nicht rechtzeitig von ihren Götzen befreit, und im entschlossenen Anlauf diese von ihren Thronen holt und sie hinwirft, wo sie hingehören, in den Dreck. Denn sie sind es, die ihre Aufgabe gerade darin sehen, dem Proletariat den Blick zu trüben, um es abzuhulen von dem Generalangriff auf die kapitalistische Zwangsbau, um in dem großen Sterben, in dem großen Adieral der bis ins Blut ausgepreßten Sklaven ihre traurige gutbezahnte Pflicht zu erfüllen.

Wo alles wankt, wo der nationale Phantasm in den geschichtlichen Lumpenkleidung liegt, wo die kapitalistischen Ratten das „vaterländische“ Schiff verlassen, oder, soweit sie wirtschaftlich an dieses gebunden sind, wie die Agrarier, sich auf die letzten Vorräte stützen, kann es nur eine Parole geben: der allgemeine Angriff auf die Fabriken! Der Generalsturm auf die gesamte kapitalistische Zwangsbau! Die Beherrschung der Wirtschaft durch die revolutionären Räte des Proletariats. Die proletarische Revolution, die alles unter sich begraben muß, was das Proletariat bis jetzt durch die parlamentarischen Giftpilzen aktionsunfähig machte, wenn es steuern will.

Die Sozialdemokratie stimmt natürlich darob ein großes Triumphgeheul an und will die Republik gerettet haben. Aber die Dinge liegen etwas anders. Die neuen Herren Deutschlands, die Leitung der Rentenbank — die der sogenannten Regierung, die ohne ihre Zustimmung keinen Pfennig ausgeben darf, hundert Millionen verpulvern zu lassen, um der schönen Augen der SPD, willen, die ja sowieso tot, was sie muß und soeben erst im Berliner Buchdruckerstreik unter den Bajonetten des Herrn Seckel verhandelt hat.

„Was die Stimmzahlen betrifft, so ist zunächst eine starke Steigerung der Wahlbeteiligung festzustellen, und zwar im Bundesabstimm von 80 Prozent auf rund 86 Prozent der Wahlberechtigten. In Wien stieg die Wahlbeteiligung von 84 auf 90 Prozent. In einigen proletarischen Wahlkreisen von 90 auf 95 Prozent und darüber. Es wurden also die letzten Reserven herausgeholt, wobei die Sozialdemokraten eine Steigerung von fast 25 Prozent und die Christlich-sozialen von fast 20 Prozent ihrer Stimmzahl erzielen konnten, während die Brüderdeutschen beinahe 30 Prozent, der Landbund beinahe ebensoviel, die Demokraten mehr als die Hälfte und die Tschechen fast vier Fünftel ihrer Stimmzahl einbüßten.

Der Kommunistischen Partei Österreichs sind bei diesen Wahlen Erfolge versagt geblieben. Sie vermochte nicht nur der Mandate zu erobern — obgleich sie in mehreren Fällen der Eroberung von Mandaten in Bezirksvertretungen nahe kam —, es gelang ihr auch nicht, die Stimmzahl des Jahres 1920 wieder zu erreichen. Sie hätte die damals erzielten 27.500 Stimmen in wesentlichem wieder erlangt, wie dies die Ergebnisse jener Wahlkreise beweisen, in denen die Partei keine Wahl zur Auswirkung kam und in denen zum Teil nicht unerheblicher Stimmzuwachs erzielt werden konnte: die Partei kostete der Partei aber 5000 Stimmen, in Graz, Ober-Osterreich (wo in vier von fünf Wahlkreisen wegen der Krise nicht kandidiert werden konnte), und in Salzburg und Tirol, wo sich die Folgen der österreichischen Parteikrise besonders geltend machten. Es wird daher Aufgabe der Kommunistischen Partei Österreichs sein, die Parteikrise, die ihrer Tätigkeit schon fast ein Jahr die größten Hemmnisse bereitet, endgültig zu liquidieren — wie dies seitens des Parteivorstandes seit geraumer Zeit, jedoch bisher leider ohne vollen Erfolg, versucht wird —, um auf diese Weise die Schlappigkeit wieder gutzumachen und den Kampf gegen den parlamentarischen Illusionismus, dem die überwiegende Mehrzahl der Arbeiterklasse Österreichs noch anhängt, mit verstärkter Kraft weiterzuführen.“

Die Sozialdemokratie stimmt natürlich darob ein großes Triumphgeheul an und will die Republik gerettet haben. Aber die Dinge liegen etwas anders. Die neuen Herren Deutschlands, die Leitung der Rentenbank — die der sogenannten Regierung, die ohne ihre Zustimmung keinen Pfennig ausgeben darf, hundert Millionen verpulvern zu lassen, um der schönen Augen der SPD, willen, die ja sowieso tot, was sie muß und soeben erst im Berliner Buchdruckerstreik unter den Bajonetten des Herrn Seckel verhandelt hat.

„Man spricht von einer Auflösung des Reichstages. Wir halten es für selbstverständlich, daß zu ihr nicht früher geschritten wird, als bis auch noch ein allerletzter Versuch unternommen worden ist, mit diesem Reichstag eine Ueberlösung auf parlamentarischen Grundlagen zu erzielen. Denn die Aussicht, durch Neuwahlen einen Reichstag zu schaffen, in dem die Bildung einer parlamentarischen Regierung leichter sein würde als im gegenwärtigen, ist angesichts der Zersplitterung der bürgerlichen Parteien äußerst gering. Der Wahlkampf verschärft nur die Gegensätze und läßt die Parteien in einem Seelenzustand zurückfallen, in dem sie zu Regierungsabstimmungen noch weniger geneigt sein werden als jetzt. Also kann die Auflösung nur dann in Betracht kommen, wenn der Beweis erbracht ist, daß es mit diesem Reichstag überhaupt nicht mehr weitergeht.“

„Man spricht von einer Auflösung des Reichstages. Wir halten es für selbstverständlich, daß zu ihr nicht früher geschritten wird, als bis auch noch ein allerletzter Versuch unternommen worden ist, mit diesem Reichstag eine Ueberlösung auf parlamentarischen Grundlagen zu erzielen. Denn die Aussicht, durch Neuwahlen einen Reichstag zu schaffen, in dem die Bildung einer parlamentarischen Regierung leichter sein würde als im gegenwärtigen, ist angesichts der Zersplitterung der bürgerlichen Parteien äußerst gering. Der Wahlkampf verschärft nur die Gegensätze und läßt die Parteien in einem Seelenzustand zurückfallen, in dem sie zu Regierungsabstimmungen noch weniger geneigt sein werden als jetzt. Also kann die Auflösung nur dann in Betracht kommen, wenn der Beweis erbracht ist, daß es mit diesem Reichstag überhaupt nicht mehr weitergeht.“

Die Sozialdemokratie stimmt natürlich darob ein großes Triumphgeheul an und will die Republik gerettet haben. Aber die Dinge liegen etwas anders. Die neuen Herren Deutschlands, die Leitung der Rentenbank — die der sogenannten Regierung, die ohne ihre Zustimmung keinen Pfennig ausgeben darf, hundert Millionen verpulvern zu lassen, um der schönen Augen der SPD, willen, die ja sowieso tot, was sie muß und soeben erst im Berliner Buchdruckerstreik unter den Bajonetten des Herrn Seckel verhandelt hat.

„Wir wollen nicht bosartig sein. Man könnte aus dem obengedachten Klipp und klarweisen, daß Kahr recht hat, wenn er alle sozialistische Literatur verbrennen läßt, den selbst die alte Leiter: „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen“ aus nach dieser Logik in ihrer praktischen Verwirklichung ein Verbrechen geworden. Von wegen dem „Seelenzustand“, den durch eine Wahl erzeugt werden könnte bei den Parteien, die die SPD zu einer Koalition gebraucht, um nicht „fünftes Rad am Wagen“ zu sein, das heißt ganz klar: Koalition von jedem Preis! Alles andere ist ein „Verbrechen“ Wahrlügn. Ar-

„Wir wollen nicht bosartig sein. Man könnte aus dem obengedachten Klipp und klarweisen, daß Kahr recht hat, wenn er alle sozialistische Literatur verbrennen läßt, den selbst die alte Leiter: „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen“ aus nach dieser Logik in ihrer praktischen Verwirklichung ein Verbrechen geworden. Von wegen dem „Seelenzustand“, den durch eine Wahl erzeugt werden könnte bei den Parteien, die die SPD zu einer Koalition gebraucht, um nicht „fünftes Rad am Wagen“ zu sein, das heißt ganz klar: Koalition von jedem Preis! Alles andere ist ein „Verbrechen“ Wahrlügn. Ar-

Die Sozialdemokratie stimmt natürlich darob ein großes Triumphgeheul an und will die Republik gerettet haben. Aber die Dinge liegen etwas anders. Die neuen Herren Deutschlands, die Leitung der Rentenbank — die der sogenannten Regierung, die ohne ihre Zustimmung keinen Pfennig ausgeben darf, hundert Millionen verpulvern zu lassen, um der schönen Augen der SPD, willen, die ja sowieso tot, was sie muß und soeben erst im Berliner Buchdruckerstreik unter den Bajonetten des Herrn Seckel verhandelt hat.

### Die vollendete Demokratie

In Bayern hat bekanntlich die Demokratie den Sieg davon getragen: Hitler und Konsorten sind schmachhaft gesetzt. Die bayerische Frage würde von Seiten der Republik von vornherein so behandelt, daß die Republik den bayerischen Territorien das Proletariat zu übertrumpfen suchte. Dem bayerischen Ausnahmezustand setzte die Reichsregierung mit Zustimmung der Sozialdemokratie den Reichsbelagerungszustand entgegen und sollte durch diesen der bayerische Antimilitarismus ausgeschaltet werden. In diesem Weltlauf hat nun Bayern die Republik wieder um einige Rasenlängen geschlagen und die bayerische Regierung hat folgenden „Erfolg“ zu buchen: Aus Grund der „Verordnung vom 26. September 1923“ (Staats-Anzeiger Nr. 234) wird mit sofortiger Wirksamkeit angeordnet:

§ 1. Das Erscheinen aller Zeitungen und Zeitschriften der Vereinigten Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei und aller anderen Zeitungen und Zeitschriften, die sozialistische oder kommunistische Ziele verfolgen, wird im rechtsrheinischen Bayern verboten. In zweifelhaften Fällen entscheidet die Polizeibehörde ob eine Zeitung oder Zeitschrift unter das Verbot fällt. Hierfür zuständig sind in München und in Nürnberg-Fürth die Polizeidirektionen, in den übrigen unmittelbaren Städten die Stadtkommissare und sonst die Polizeibehörden. Gegen die Entscheidung ist Beschwerde an die Kreisregierung, K. d. L. zulässig, die keine aufhebende Wirkung hat. Deren Entscheidung ist endgültig.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen § 1 werden mit Gefängnis und mit Geldstrafe, deren Höchstmaß unbeschränkt ist, bestraft.

Der Versuch ist strafbar. Gegenstände, die bei Begehung der strafbaren Handlung verwendet wurden, dazu bestimmt waren oder durch die strafbare Handlung hergestellt wurden, können eingezogen werden, auch wenn sie weder dem Täter noch einem Teilhaber gehören.

München, den 11. November 1923.  
Der Generalstaatskommissar: gez. Dr. v. Kahr.  
Am Ende dieses Weltlaufes steht natürlich die „Reichseinheit“, das heißt der vollendete Rechtsstaat, in dem die „Proletarier“ und die Arbeiterklasse die Demokratie nach ihrem endgültigen Sieg ein paar sozialdemokratische Knechte erledigt, schafft natürlich die „Tatsache“ nicht aus der Welt, daß die Gewerkschaften und Sozialdemokratie eben zwischen zwei Feuern stehen, zwischen Revolution und Konterrevolution, und daß sie schon im Augenblick die Demokratie an die letztere suchen müssen, weil die Revolution die Gewerkschaften faktisch hinwegfegen würde. Wenn die Lakaien der Bourgeoisie daher über schlechte Behandlung zeteren, so darf das für das Proletariat kein Grund sein, zu erregnen, daß die sozialdemokratische „Politik“ der Notwendigkeit zum Selbstmord der proletarischen Klasse führt und nur der Sturz der Demokratie und die Aufrichtung der revolutionären Arbeiterdiktatur ein Ausweg ist.

### Parlamentarisches

Im „Vorwärts“ tobt sich einiger Zeit die „Opposition“ aus. Was bei dem Versuch, aus einem alten Mehlstock Funken zu schlagen, letzten Endes herauskommen wird, kann selbstverständlich nur dem Überraschen, der von einem solchen Experiment noch etwas erwartet. So geht es jetzt den „Vorwärts“-Helden an, die sich durch die Politik der Ruhrarbeiter, die sie restlos auf die Straße wirft, die Einstellung der Unterstammungen. Der Hunger oder besser gesagt, Hungertod im gerade zu gutem Recht, im Reichsbrotgeschäft, die zösischen Diktat in bezug auf Verlängerung der Arbeitszeit, Widerstand entgegenzusetzen. In Bayern verbietet Kahr, nachdem er den putschistischen Spuk ausgetrieben hat, sämtliche Literatur, sogar der SPD, und erklärt die revolutionären Arbeiter für Feinde der Demokratie. Die Arbeiterklasse der letzten Betriebe geschlossen und die Lebensmittelblockade der Agrarier wird immer offensichtlicher. Der Hippodrom am Königplatz hat sich selbst ausgeschaltet, und zwar, wie der „Vorwärts“ schreibt, schuldig und die Demokratie willigen. Nun wird den Demokraten und den „Vorwärts“ etwas unwohl. Sie sehen, daß die Dinge zu Entscheidungen drängen. Keine Regierung findet sich mehr, die irgend eine Verantwortung übernehmen will. Stresemann ist loyal sowohl zur Schwerindustrie als auch zu den bayerischen und preussischen Junkern, und diese Regierung lebt nur deswegen, weil keine Kapitalgruppe bei der Durchführung ihrer Pläne auf deren Widerstand stoßen. Ganz natürlich, daß eine Partei, wie die SPD, die nur von parlamentarischen Selberleben lebt, jetzt, wo sie auswärts trocken reisen muß, nervös ist. Sie will sich das nicht gefallen lassen! Sie will, wenn man sie weiter mißhandelt, „kämpfen“, steht im „Vorwärts“ vom 14. November (abends). Für diesen „Kampf“ werden dort folgende Betrachtungen angestellt:

### Oesterreich

Der Bankrott der österreichischen KP.  
In Oesterreich haben kürzlich Wahlen stattgefunden. Das österreichische Proletariat steckt noch tief in parlamentarischen Illusionen, und die österreichische Sozialdemokratie hat bis jetzt in ihrem verhältnismäßig schlechten Kabinett, aber trotz der furchtbaren Leiden, die das österreichische Proletariat durchmacht und gerade jetzt durchdrückt. Die österreichische Sektion der 3. Internationale vertrat auch bei ihrer Entscheidung, die einzige Zeit nach dem 2. Standpunkt des Antiparlamentarismus und erklärte sich für die revolutionäre Taktik. Nirgends war der Kampf gegen den Parlamentarismus und die Gewerkschaften notwendiger als gerade in Oesterreich, wo aus Moskau der Befehl kam, daß man keine revolutionäre Partei gebrauchen könne, sondern einen Propagandaklub für Rußlands Außenpolitik. Die Korruption in der österreichischen KP. machte es möglich, diesen Beschluß durchzuführen.

### Deutschland und die Weltrevolution

Unter dieser Überschrift bringt die „DAZ“, das Organ des Herrn Stinnes, Nr. 451/52 einen Leitartikel, der nach Wahrheit ausspricht, was sich in dem Reich ereignet. Die Tatsache ergibt, daß selbst die Literaten der deutschen Schwerindustrie die Verhältnisse besser durchschauen, als die Sozialdemokraten SP- und KPD'stischer Couleur.  
Der Pseudonym „Odysseus“ beherrscht eine ganze Portion geschichtliche Dialektik, die er noch behalten hat aus seiner sozialdemokratischen Zeit; und er versteht sie nicht nur in dem einen Artikel, sondern auch in dem Nr. 463/64 derselben Zeitschrift unter „Die Katastrophe an der Ruhr als Quintessenz für das System seit 1918“ gegen seine ehemaligen Parteifreunde anzuwenden.  
Er geht von der Tatsache aus, daß wir uns nicht, wie gemeinhin angenommen, „fünf Minuten vor zwölf“ befinden; sondern er sagt, wenn die berühmten fünf Minuten vor zwölf nach dem abgelaufen sind, hört deshalb die Weltgeschichte nicht auf, sondern sie fängt mit eins von vorn wieder an. „Es wird Zeit, in das Bewußtsein unseres Volkes, die dialektische Auffassung vom Wesen der Geschichte einzupflanzen, das heißt die Überzeugung, daß es sich in der Weltgeschichte nicht um einen Zustand, sondern um einen Prozeß, und zwar um einen ununterbrochenen, revolutionären Entwicklungsprozeß handelt, der keine Ruhe und kein Ziel kennt, und der heute umstritten, was er gestern gebräut.“ Nachdem er nun zu dem Zweck, die sozialdemokratische Politik von dieser Dialektik rein gar nichts mehr versteht, kommt er zu nachstehendem Schluß: „Sie (die Sozialdemokratie) hatte sich von der dialektisch-revolutionären Auffassung der Geschichte schon abgewandt, und der ruhende Zustand“, in dem nach ihrer Auffassung die Welt ohne Ruhe finden würde, war der Pazifismus, der ewige Frieden.“ Nicht scharfer kann man vom Standpunkt des historischen Materialismus die Stellung der Sozialdemokratie geißeln. Zur Macht gelangt, betrachtete sie sich als ruhenden in der Geschichte nicht nur der deutschen Arbeiterklasse, sondern der gesamten deutschen Wirtschaft. Sie fühlte sich als Retter der deutschen Wirtschaftseinheit und sah nicht, daß auch dieser „Zustand“ nur eine Phase des großen „Prozesses“ war, damals eines des Versuches, die aufstehende Wirtschaft wieder aufzubauen mit ihrem Einverständnis. Hätte sie damals dem Kapital den Weg allein gehen lassen, den es zwingen war zu gehen, das Kapital hätte allein die Verhältnisse besser umgewälzt und auch die Massenrevolutioniert. Sie hat den Prozeß aufgehalten, der doch notwendig ist und dem sie sich heute nicht mehr entgegenstellen kann. In Situationen, in denen sich die Gegensätze restlos auswirken müßten, hat sie Ruhe gepredigt und hat bei ihrer „Nie-wieder-Krieg“-Politik die Angriffe der Konterrevolution erwidert. Der Arbeiterklasse versprach sie Lebensmöglichkeit und dem Kapital den Aufbau. Ihr Handeln war undialektisch. Die Auswirkung negativ. So steht die Sozialdemokratie hilflos da, wo nur noch ganz klares Eingreifen helfen kann. Das Kapital diktiert trotz Demokratie; besser gesagt: durch Demokratie! So steht die Sozialdemokratie abermals vor einer gewaltigen Entscheidung. Vor dem Augenblick, der zur Lösung geschichtlich-materialistisches Denken und Wollen voraussetzt; den „Odysseus“ folgendermaßen festhält: „In diesem ungenauen dialektischen Spiel der Geschichte, dessen verzehrenden Gluthauch wir furchtbar empfinden und dessen Ende noch lange nicht abzusehen wird, nicht bloß die Welt andern, wir werden selber auch anders. Als Nation, als sozialer Wirtschaftskörper, als Staat machen wir tiefgehende Umänderungen durch. Ein schmerzhafter Prozeß, das ist wahr. Aber ebensowenig wie man dem Weltkrieg gerecht wird, wenn man ihn vom Standpunkt der Krankenschwester aus betrachtet, so wenig wird man dem weltweiten Prozeß gerecht, wenn man ihn vom Standpunkt des klagenden Hob aus.“ Weil die Sozialdemokratie nicht nur die revolutionäre Taktik der Arbeiterklasse vom Standpunkt des klagenden Hob aus betrachtet, sondern derselben durch operative Eingriffe als Krankenschwester entgegenbetreite, ist sie zum Hemmnis in dem revolutionären „Prozeß“ geworden. Sie hat eine Rolle in der Geschichte gespielt; aber nicht als bewußter Faktor im dialektischen Spiel der Geschichte, sondern die Rolle des Clowns im Zirkus. So wird die Sozialdemokratie getreu ihrem Prinzip auch versuchen, die sich raph zuspitzende Krise durch Wanderturen zu temperieren, die Unterstützung der sich umbildenden Koalition ist der Ausdruck der politischen Kinder, die zum Spielball der Geschichte geworden sind.

Und genau so wie wir von Anbeginn in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften ein Teil des alten Systems sahen, so trifft auch der Leitartikel der „DAZ“ den Nagel auf den Kopf. „Es liegt nicht an dem schlechten Willen ihrer Führer. Es liegt daran, daß sie eine historisch überlebte Partei war, die vollständig zum alten System gehörte, zur Monarchie und zum preussischen und dem ganzen alten Glanz und Gloria.“ Sie ist nicht nur ein Teil dessen, sondern ein Teil der alten bürgerlichen Welt, der sich bis zuletzt zu erhalten versucht, der aber unter den allergrößten Schmerzen selbst verschwinden muß. So wird die Geschichte brutal aber zerrütet, was sich für in den Weltall. Der Lauf derselben ist wohl zuletzt auch noch mit Gewalt zu hemmen, aber nicht aufzuhalten. Der Wille der Menschen, also der Beteiligten, geht nur dann in positives Schaffen über, wenn er geradlinig läuft mit den wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten. Hier ist der Sprinkpunkt aller historischen Erkenntnis.

So wie das deutsche Proletariat sich nur retten kann, wenn es Erkenntnis und Wollen der geschichtlichen Dialektik nicht nur versteht, sondern auch als Ganzes betrachtet, so wird es auch Beherrscher des großen Prozesses, der die notwendige Folge sein muß, wenn die deutsche Revolution Sieger bleiben will, nämlich des Prozesses Weltrevolution. Wir haben der Arbeiterklasse die historische Mission deshalb klar zu machen, weil diese Mission überhaupt die unbedingte Voraussetzung seiner weiteren Existenz ist. Auf der Tagesordnung steht: Durch Revolution zum Kommunismus!

